

Allgemeiner Studierendenausschuss der CAU Kiel

www.asta.uni-kiel.de | facebook.com/AStAUniKiel

APRIL / 2015

AStA Allgemeiner Studierendenausschuss Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

campus INFO



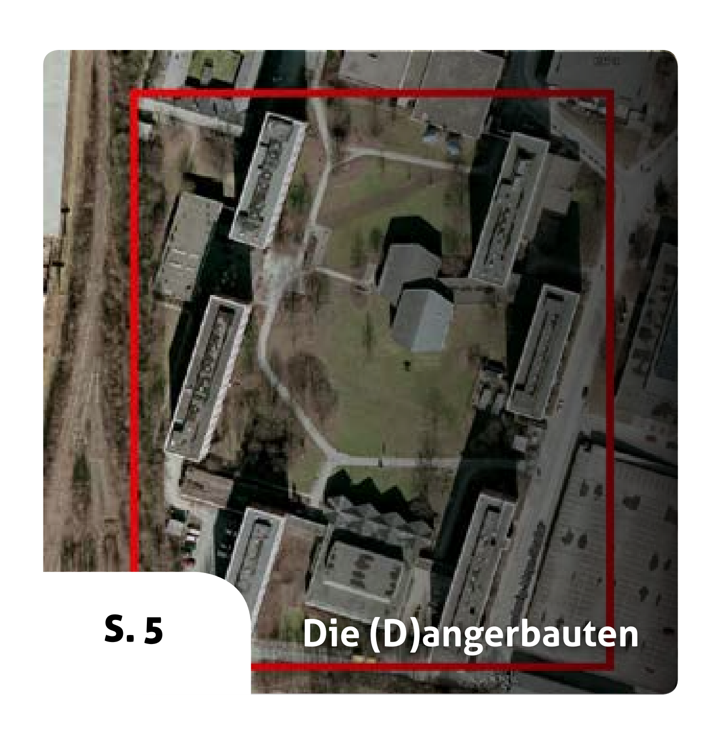






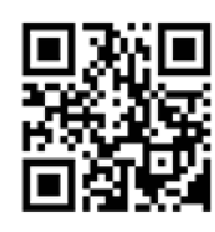
#UNIOHNEGELD

ASTA INFORMIERT


S. 5 Die (D)angerbauten



S. 10 Was lehrt uns die Uni? – Kritisches Denken versus Employability


www.asta.uni-kiel.de




S. 15 Studentisches Kulturticket für Kiel

Impressum

Herausgeber:
Allgemeiner Studierendenausschuss der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Westring 385, 24118 Kiel
Tel. 0431 / 880-2647

www.asta.uni-kiel.de
info@asta.uni-kiel.de

facebook.com/AStAUniKiel

Redaktion:
Lasse Petersdotter
Basti Jebe
Greta Thamm

Layout:
Victoria Butova

Belichtung:
lang Verlag, Hansastr. 45, Kiel

Druck:
Schreiberdruck, Feldstr. 7a, Kiel

Namentlich gekennzeichnete Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial



Besser spät als nie erscheint unser CampusInfo. Neben aktuellen Informationen rund um den Campus und den AStA widmen wir uns insbesondere dem Protest „Uni ohne Geld“.

Am 11. Dezember 2014 waren wir mit 2500 Studierenden auf der Straße, um für eine bessere Ausfinanzierung der Hochschulen zu protestieren. Wir können nicht akzeptieren, dass es alle Landesregierungen der letzten Jahrzehnte versäumt haben, rechtzeitig auf sich längst abzeichnende Herausforderungen zu reagieren. Die Schuldenbremse hat sich als Innovationsbremse ins Bildungssystem geschlichen, die Substanz der CAU bröckelt.

In diesem CampusInfo möchten wir uns einigen hochschulpolitischen Baustellen widmen.

Von Lasse Petersdotter, Basti Jebe und Greta Thamm

Ihr habt über unsere Verhältnisse gelebt!

Wie die Schuldenbremse unsere Bildung ruiniert

VON STEFFEN REGIS

Krise! Krise! Krise! Sie umgibt uns jeden Tag mit neuen Schaudermärchen von Jauch zu Plasberg zu Will. Da werden Euro-Austrittsoptionen mit Demokratiedefiziten der EU vermengt, „faule Griechen" und „notleidende Banken" munter in einen Topf geworfen, alles einmal kräftig durchgerührt und fertig ist das ungenießbare Mahl der Krisenbewältiger. Doch geradezu wie ein Mantra zieht sich das „Ihr habt über eure Verhältnisse gelebt" durch die Diskussionsrunden, Lösungsweg: Sparen, Schuldenabbau, Austeritätspolitik. Das Mittel der Stunde: die Schuldenbremse! Längst zur Selbstverständlichkeit verkommen, treibt sie ihr Unwesen in der Bundes- und den Landesverfassungen. Dass diese nunmehr geradezu paradigmatisch jegliche Diskussion über notwendige Ausgaben des Staates bestimmt und alles von ihr abhängig gemacht wird, scheint außer Frage zu stehen. Dabei führt sie dazu, dass es für die Bundesländer nahezu unmöglich ist, adäquat in Bildung zu investieren.

Im Bildungsbereich fehlen nach einer Studie der GEW von der Kita bis zur Hochschule rund 57 Milliarden Euro. Jährlich. Hinzu kämen nach den Berechnungen auf Grundlage statistischer Daten des Bundes und der Länder einmalige Kosten von rund 45 Milliarden Euro um den unbestritten vorhandenen Investitionsstau aufzulösen. Genau diesen Investitionsstau, der uns täglich an der Uni und vielerlei anderen Einrichtungen des Bildungssystems begegnet. Der zu Schließungen von Gebäuden, energetischer Ineffizienz und rieselndem Putz an den Wänden führt. Doch Geld wird genauso benötigt, um prekäre Beschäftigung bei Erzieher*innen oder Hochschulmitarbeiter*innen abzubauen, um Schulklassen zu verkleinern, Inklusion zu ermöglichen, das Kita-Angebot auf das benötigte Maß zu bringen. Das Geld wird benötigt um Studienplätze und eine auskömmliche Studienfinanzierung zu schaffen, um letztendlich jedem Menschen die geeignete Bildung zu ermöglichen. Dank radikalem Sparzwang wird dies alles zunichte gemacht. Hinzu kommt, dass sich der Investitionsstau nicht von selbst abbaut, sondern auf längere Sicht exponentiell ansteigen wird. Wenn jetzt nicht investiert wird, werden die Kosten in die Höhe schießen und es wird sich auf lange Sicht nicht rentieren, heute mit der Schuldenbremse zu sparen.

Wir erleben momentan den Abgesang auf die elementare Daseinsvorsorge, was mit Nichten ein neues Phänomen ist. Vielmehr manifestiert sich eine sich stetig verselbständigende Verminderung der realen (preisbereinigten) Ausgaben für den Bildungsbereich seit den 1970er-Jahren. Die Doktrin „Wir müssen sparen, sparen, sparen!" führt dazu, dass ein Staat an dem Element spart, das die Basis demokratischer Partizipation ist. Diese ist essenziell für die Grundlage der Entwicklung von Kindern zu Bürger*innen und ebenso auch Fundament für jede Form von Innovation, Wirtschaft und Fortschritt. Die Schuldenbremse ist Gift für einen Staat, der nachhaltig, demokratisch und generationengerecht handeln will. Zusammen mit der seit Jahren nicht auskömmlichen Finanzierung im Bildungsbereich erleben wir nun die Manifestierung des Mangels auf Verfassungsebene.

Wer jetzt behauptet, „wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt", der irrt. Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern Andere haben über unsere Verhältnisse gelebt und davon profitiert. Fehlende Steuereinnahmen, die Umverteilung der Vermögen von unten nach oben und massive Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand haben zu einer Schieflage geführt, die wir jeden Tag zu spüren bekommen. Wir werden für Verfehlungen Anderer in die Haftung genommen, zukünftigen Generationen wird eine „Alternativlosigkeit" vorgegaukelt, die es nicht gibt. Zudem kann niemand bestreiten, dass sich Investitionen in Bildung volkswirtschaftlich gesehen um ein Vielfaches auszahlen. Selbst wenn man sich die ökonomische Denkweise zu Eigen macht, stellt man fest, dass der „Ertrag" aus investiertem Kapital in Bildung und generierter volkswirtschaftlicher Leistung gerade in Zeiten mit niedrigen Zinsen auffallend hoch ist.

Bildungsausgaben müssen von der Schuldenbremse entkoppelt werden, wenn Deutschland sein Bildungssystem nicht ruinieren sondern verbessern will.

Bildung ist Daseinsvorsorge. Bildung ist die Basis eines demokratischen Staats und jeder Mensch muss die besten Möglichkeiten für demokratische und gesellschaftliche Teilhabe bekommen. Freie Bildung für jeden Menschen, unabhängig von sozialer Herkunft, ist ein Gut, welches über dem Zeitgeist neoliberaler Kurzsichtigkeit stehen muss.

Wir brauchen Bildung als unser Menschenrecht, das wir in vollem Umfang genießen können. Wir wissen selbst, was Bildung braucht!

Die (D)angerbauten

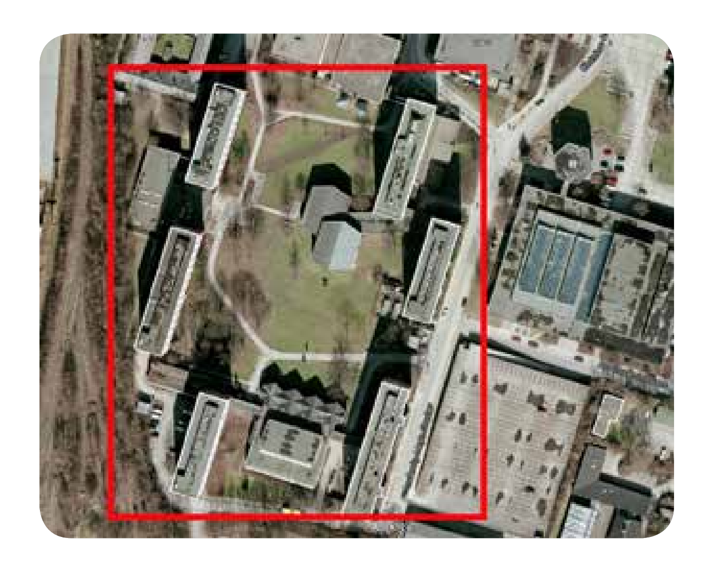
VON LASSE PETERSDOTTER

Wer die dramatische Unterfinanzierung der Christian-Albrechts-Universität beschreiben möchte, tut dies gerne am Beispiel der in den 1960er Jahren vom Kieler Architekten Ernst Stoffers und Otto Schnittger geschaffenen Angerbauten.

Die Angerbauten umfassen sechs Gebäude und damit etwa 20.000 Quadratmeter Fläche, auf der gelehrt und geforscht werden soll. Die Idee war, Institutsbauten mit je einem Hörsaal um einen durchgrünten, zentralen Platz zu errichten. Damals konnten sie durch Anordnung und Bauweise zu den modernsten Universitätsbauten in der Bundesrepublik gezählt werden.

Doch das ist lange her und so nagte der Zahn der Zeit nicht nur an ihrer Fassade. Als die Landesregierung das Sondervermögen zur Hochschulsanierung in Höhe von 165 Millionen Euro einrichtete, war schnell klar, dass die Angerbauten zu den dringlichen Sanierungsfällen auf dem Campus gehören werden. Ihrer Instandsetzung wurden zwölf bis 15 Jahre eingeräumt. Eine Frist, mit der man arbeiten konnte. Aber warum wurden sie nun zur Gefahr auf dem Campus und damit zum Politikum?

Aus einem Gutachten des Gebäudemanagements Schleswig-Holstein (GMSH), das dem AStA vorliegt, ergaben sich neue Herausforderungen. Schon von außen waren Schäden erkennbar: Risse, fehlende Dehnfugen und defekte Mörtelfugen. Nach Öffnung des Mauerwerkes zeigten sich sehr unterschiedlich dicke Luftschichten, die teilweise sandig oder mit losen Steinen verfüllt wurden. Schlecht verblendet, schlecht vernadelt. Kurz: eine böse Überraschung.
Das Ergebnis einer darauffolgenden statischen Berechnung fiel



niederschmetternd aus. Das in Deutschland notwendige Sicherheitsniveau wird nicht erreicht. Es ist zu befürchten, dass die Fassaden die Windlasten nicht aufnehmen können. Es besteht eine konkrete Gefahr des Versagens der Bauteile.



Wie gegenwärtig diese Gefahr ist, zeigte sich bereits Anfang Januar. Sturmbedingt mussten die Angebauten gesperrt werden. Und da das Problem in der Fassade liegt und diese droht, Menschen und Gebäude im Umfeld ebenso zu schaden, wurden nicht nur die sechs betroffenen Angerbauten geschlossen. Insgesamt fiel der Lehr- und Lernbetrieb sowie die Forschung in zwölf Gebäuden aus.

Kiel ist keine Stadt der lauen Lüftchen und sanften Brisen. Wir brauchen eine sturmfeste Uni!

Konsequenz des Gutachtens der GMSH ist, dass die Angerbauen bis 2020 saniert sein müssen. Sonst erfolgt die endgültige Schließung. Für Land und Universität bedeutet das, die ursprüngliche Sanierungsdauer von zehn bis 15 Jahren, auf fünf Jahre zu reduzieren. Das ist nicht nur eine bedeutende organisatorische Mehrbelastung, sondern auch eine finanzielle.

Mittlerweile steht ein Konzept zur Sanierung. Und nach langen und lauten Protesten wurden von der Landesregierung auch die zusätzlich notwendigen 50 Millionen Euro zugesagt. Grund zum durchatmen, aber noch nicht zur Entspannung. Denn woher diese Finanzierung genau stammen wird, ist noch nicht klar.

Im Frühjar 1963 legte der Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein Osterloh den Grundstein für die Angerbauten mit den Worten „Ich widme diese Institute dem Fleiße, der Phantasie und dem Verantwortungsbewusstsein". Welch' Ironie.

Begriffserklärung - Hochschulunterfinanzierung

VON LASSE PETERSDOTTER



In der aktuellen landespolitischen Diskussion um die Hochschulunterfinanzierung wird mit vielen Begriffen um sich geworfen. Einige von ihnen sind in diesem CampusInfo ein eigener Artikel gewidmet. Andere möchten wir hier kurz erklären.

BAföG-Millionen: Ende 2014 wurde bekannt, dass der Bund zukünftig die BAföG-Kosten übernimmt. Bislang wurde das Bafög aus den jeweiligen Landeshaushalten finanziert. Bundesweit sind es etwa 1,2 Milliarden Euro, über die die Länder jetzt verfügen können. Je nach Anzahl der Bafög berechtigten Schüler*innen stehen demzufolge unterschiedliche Beträge zur Verfügung. In Niedersachsen rechnet man etwa mit 73 Millionen Euro, in Mecklenburg-Vorpommern mit 29 Millionen und in Schleswig-Holstein mit 36,4 Millionen Euro.

Das reizende an den sogenannten „BAföG-Millionen" ist, dass es strukturelle Mittel sind, die jedes Jahr erneut frei werden.

Die aktuelle Regierung aus SPD, Grüne und SSW haben sich dazu entschieden, diese 36,4 Millionen Euro komplett in Schulen zu stecken. So konnten etwa 728 Lehrer im Schulsystem belassen werden, die sonst bald eingespart werden sollten. Ziel war es, dabei der im bundesvergleich miserablen Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein zu entgegnen.

Die Opposition im Landtag und auch die Universitätspräsidien kritisierten diese Entscheidung scharf. Sie fordern, die Mittel zumindest zur Hälfte den Hochschulen zur Verfügung zu stellen.

Hochschulpakt: Der Hochschulpakt ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, die 2007 eingerichtet wurde, um auf die Herausforderungen der doppelten Abiturjahrgänge zu reagieren. Der Hochschulpakt I lief von 2007 bis 2010, der Hochschulpakt II von 2011 bis 2015 und nun folgt der Hochschulpakt III (HSP III). Die Höhe der Mittel richtet sich nach der Anzahl der Studierenden. In Schleswig-Holstein werden dadurch 225 Millionen Euro vom Land und 225 Millionen Euro vom Bund zur Verfügung gestellt. Wie diese insgesamt 450 Millionen Euro auf die neun Hochschulen in Schleswig-Holstein verteilt werden sollen, wird aktuell verhandelt. Das Ergebnis soll im Juni diesen Jahres verkündet werden.

Von den Hochschulen gibt es allerdings grundlegende Kritik. Die Präsidien aller Hochschulen kritisieren in einem Brief an die Landesregierung, der dem AStA vorliegt, dass die Mittel des HSP III in der überwiegenden Anzahl die Studiengänge nicht auskömmlich seien. Sie würden beispielsweise nur vier Semester fließen und decken damit nicht einmal die komplette Regelstudienzeit ab.

Insgesamt die die Mittel des HSP III nicht ausreichend, um den Herausforderungen zu begegnen, für die sie geschaffen wurden. Durch die Befristung der Mittel, fehlen den Hochschulen zudem Planungssicherheiten. Deswegen hat die Landesregierung beschlossen, die Mittel auch zukünftig weiter zu tragen. An den Befristungen der Arbeitsverträge ändert das jedoch leider wenig. Im OECD-Vergleich fallen die HSP-Mittel zudem stets unterdurchschnittlich aus.

165 Millionen Euro Sanierungsvermögen: Im Dezember 2013 hat das Land ein Sondervermögen Hochschulsanierung in Höhe von 165 Millionen Euro beschlossen. Ziel ist es, endlich dem Sanierungsstau von etwa 230 bis 300 Millionen Euro an der CAU entgegenzuwirken. Damit war diese Finanzspritze, die verteilt in den nächsten 10 Jahren ausgezahlt wird, ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig decken sie nur einen Teil ab und sind lediglich dazu in der Lage, das Bestehende zu erhalten. Eine wachsende Universität braucht jedoch Investitionen.



Oft kommt von der Landesregierung nun der Vorwurf, dass bis heute kein Bagger angelaufen sei. Das war auch nicht zu erwarten. Das Hamburger Abendblatt etwa, kündigte bereits in ihrer ersten Berichterstattung einen Baubeginn 2016 an. Insgesamt sollen von den 165 Millionen Euro die Tierhaltung neu gebaut, die Angerbauten renoviert, ein Juridicum geschaffen und die technische Fakultät modernisiert werden. Das bedarf einiger Planung. Zumal die Universität keine Bauherrenschaft übernehmen kann, sondern dies weiterhin in der Hand des Landes liegt.

Doppelter Abiturjahrgang: Mit der Umstellung von G9 auf G8 gibt es immer wieder Bundesländer, die doppelte Abiturjahrgänge erwarten. Zum Wintersemester 2016/17 ist Schleswig-Holstein soweit. Dies stellt die Hochschulen in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Allerdings entzerrt sich der Ansturm ein wenig, weil sich viele Abiturient*innen nicht direkt nach der Schule an den Universitäten einschreiben, sondern noch ein FSJ, Auslandsaufenthalte und Praktika absolvieren. Das Präsidium der CAU rechnet insgesamt mit einem Anstieg auf 28.000 Studierende bis 2019. Daher fordert die CAU die Landesregierung auf, 200 weitere Lehrstellen zu schaffen. Die Landesregierung weist jedoch auf den Hochschulpakt III hin und ist der Auffassung, dass dieser ausreiche um dem doppelten Abiturjahrgang zu begegnen.

Befristete Verträge: Viele Verträge von Wissenschaftler*innen an der CAU sind, wie an allen anderen Hochschulen, befristet. Oft ist dies unvermeidlich, weil ihre Stellen aus Drittmitteln finanziert werden, dessen Förderungsdauer ein klar definiertes Ende haben. Viel zu häufig sind allerdings auch die fehlende Möglichkeit zur Planungssicherheit der Universität und der Wille nach mehr Flexibilität Grund für befristete Verträge. Die Philosophische Fakultät hat sich hierbei selber Grenzen gesetzt. An anderen Fakultäten gibt es weiterhin Monats- und Jahresverträge. Dies hat fatale Auswirkungen auf die Lebensplanung der Beschäftigten. Es ist kein Zufall, dass etwa 70% der wissenschaftlichen Beschäftigten bundesweit keine Kinder haben. Es ist durchaus zutreffend, von prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen zu sprechen.

Hochschulunterfinanzierung – Eine Lösungssuche und potenzielle Konsequenzen

VON LASSE PETERSDOTTER



Die Gebäude sind marode, die Arbeitsbedingungen prekär und das Betreuungsverhältnis befindet sich in maßloser Schieflage. Dass die Christian-Albrechts-Universität unterfinanziert ist, bezweifelt niemand. In der Analyse besteht Einigkeit, in den daraus abzuleitenden Konsequenzen nicht. Was erwartet uns?

Tatsächlich ist die Auflistung der Symptome, an denen wir die strukturelle Unterfinanzierung erkennen, einfacher, als das Finden von geeigneten Lösungen. Immerhin ist Schleswig-Holstein ein Konsolidierungsland. Jede finanzpolitische Handlung steht unter dem Argus Auge des Landesrechnungshofes, des Stabilitätsrates, des Bundes der Steuerzahler, der Medien und der Opposition.

Der Kuchen wird nicht größer!

Mit der Schuldenbremse wurde viel weniger ein Instrument der Generationengerechtigkeit geschaffen, als Sand ins Getriebe der Innovationsfähigkeit und Investitionsbereitschaft deutscher Finanzministerien geschüttet. Bildungsrendite wird damit vom sozial- und wirtschaftspolitischen Erfolgsmodell zur faden Erinnerung. Schulden wird das Land also kaum aufnehmen können, um die Situation der Hochschulen zu verbessern.

Woher kann das Geld dann kommen? Der Bund fällt als bildungspolitischer Sugardaddy leider ebenfalls aus. Mit der Föderalismusreform kam das Kooperationsverbot. Damit ist es dem Bund untersagt, die Hochschulen finanziell mitzutragen. Ausnahmen gibt es gewiss, etwa durch sogenannte Exzellenzcluster, wie sie die CAU beispielsweise im Bereich Ozean der Zukunft hat.

Da ist es dann auch mal möglich Schnittchen und Wein nach der Vorlesung zu reichen. Ob das pervers ist? Schon ein wenig.

Also müssen die Hochschulen in Schleswig-Holstein scheinbar vom Land Schleswig-Holstein getragen werden. Sie wachsen beständig, die für sie zur Verfügung gestellten Haushaltstitel jedoch nicht. Kann man da nicht umschichten? So leicht ist es leider nicht. Auch bei „Rekordsteuereinnahmen“, die immerhin eine logische Begleiterscheinung eines auf steten Wachstum ausgelegten Wirtschaftssystems sind, bleibt das nördlichste Bundesland hoch verschuldet. Der Landeshaushalt gibt eine Umschichtung nicht her. Der Kuchen wird nicht größer.

Para para. Wie kommt das Land an Geld? Natürlich über nachhaltige Wirtschaftskonzepte. Da dafür nun nicht mehr die Zeit bleibt, bedarf es eines schnellen Eingriffs. Steuererhöhungen. Eine Forderung, die jeden Wahlkampf verhagelt, würde allerdings mehr Geld in die Staatskassen fließen lassen. Nun ist es aber so, dass nur wenige Steuern in den Landeshaushalt fließen. Etwa die Erbschaftssteuer. Eine Reform eben dieser wird immer wieder gefordert, kann allerdings nur auf Bundesebene durchgesetzt werden, während die Gelder jedoch dem Land zu Gute kommen.

Die einzige praktikable Möglichkeit wäre die Erhöhung der Grunderwerbssteuer. Also die, die fällig wird, wenn man sich ein Häusle zulegen möchte. Nun wurde die Grunderwerbssteuer in Schleswig-Holstein bereits vor nicht allzu langer Zeit auf einen bundesweiten Rekordstand gehoben. Interessenvertreter*innen aus Wirtschaft und auch viele Politiker*innen befürchten bei einer weiteren Erhöhung das Ausbleiben von wirtschaftlichen und privaten Niederlassungen im „Echten Norden“. Gleiche Bedenken gab es auch bei der letzten Erhöhung. Aktuelle Zahlen bestätigten sie nicht. Trotzdem gilt: Steuererhöhungen sind politisch und gesellschaftlich nicht gewollt.

Also was tun, was tun? Die Gebäude verfallen, die Studierendenzahlen wachsen und der Haushalt kann und will diese Entwicklung nicht auffangen.

Die Universität wird selber reagieren. Vier Szenarien:

1.) Die Einführung von flächendeckendem Numerus Clausus: Wie bereits Ende 2014 vom Präsidenten der CAU, Prof. Lutz Kipp, angekündigt, steht die Einführung von weiteren NCs im Raum. Dies stellt wohl noch die harmloseste aller Eskalationsstufen dar, wäre allerdings in ihrer Konsequenz für viele Lebensläufe fatal. Dass die Durchschnittsnote als Selektionskriterium für die Zulassung in viele Studiengänge dient, ist eher Willkür als rational nachvollziehbar. Immerhin weist meine Schulnote in Mathematik und Biologie recht schlecht auf meine potenziellen Fähigkeiten als Skandinavist*in oder Jurist*in hin. Die Aussagekraft einer Durchschnittsnote wird Talente abhalten, ihr Studium aufzunehmen.

2.) Schließungen: So naheliegend wie schmerzhaft. Wenn nicht genug Geld für alle Fachbereiche da ist, müssen einige gehen. Nur nach welchen Kriterien? Da die Wurzel des Problems die Finanzierung ist, wird auch hier auf die Kohle geschaut. Welcher Studiengang ist besonders teuer? Medizin. Oder welcher Studiengang ist so klein, dass er sich zu wenig rentiert? Orientalistik. Oder welcher Studiengang ist für wirtschaftliche Kooperationen eher unspektakulär? Alle Geisteswissenschaften. Durch Schließungen werden allerdings nicht nur Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen zunichte gemacht, sondern auch Wissenschaftsbereiche systematisch ausgetrocknet.

3.) Studiengebühren: Warum nicht die zur Kasse bitten, die auch davon profitieren und die Probleme haben? Weil es scheiße ist! Bildung ist kein Privileg oder Gut, welches es zu kaufen gilt. Es gibt unzählige Argumente gegen Studiengebühren. Alle Bundesländer sind mit der Einführung von Studiengebühren gegen die Wand gefahren. Zwar stehen sie an der CAU nicht öffentlich zur Diskussion, weil sie zur Aufkündigung aller inneruniversitärer Beziehungen der Statusgruppen führen würden, aber hinter vorgehaltener Hand und unter vier Augen gibt es durchaus Stimmen im Universitätshochhaus, die wieder neoliberalen Traum des Bezahlstudiums an öffentlichen Hochschulen erzählen.

4.) Drittmittel: Ein Wort, dass im Studium kaum eine Rolle spielt. Sollte man sich jedoch für die Wissenschaft als Arbeitsplatz entscheiden, werden Drittmittel, also Gelder von außen, schnell zum akademischen und moralischen Kompass. Ein Großteil der Beschäftigten einer Universität sind durch Drittmittel finanziert. Von wem die Projekte beauftragt wurden und für wie lange an was geforscht wird, ist dabei nicht öffentlich einsehbar. Wer sich den Haushalt einer Hochschule genauer anguckt, fragt sich schnell, warum wir eigentlich noch vor dem Landtag demonstrieren und nicht schon längst vor Unternehmerverbänden. Die Hochschulen bundesweit, und damit auch die CAU, befinden sich in einer zunehmenden Drittmittelabhängigkeit. Und diese Dominanz der Dineros aus der Wirtschaft wächst. Exponentiell.

Am Ende dieser Darstellung möglicher Konsequenzen angelangt, bleibt eigentlich nur noch eine Frage: Was für eine Universität wollen wir?

Was lehrt uns die Uni? – Kritisches Denken versus Employability

VON GRETA THAMM



Die immergleiche Diskussion über universitäre Bildung und Studienangelegenheiten folgt einem einfachen Muster. Zuerst wird das Humboldtsche Bildungsideal konstatiert: Philosoph und Bildungspolitiker Wilhelm von Humboldt stellte um 1700 auf, dass Bildung die Entfaltung des Individuums zum Ziel habe und frei und umfassend sein solle. Dieses Leitbild wird dann in einen kritischen Zusammenhang mit der Bologna-Reform von 2008 gebracht, gefolgt vom üblichen Schwadronieren „früher war alles besser." Schön und gut. Offen bleibt aber die Frage, was die Uni und das Studium für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen leisten muss.

Analysiert man die Diskussionen, kann man im Wesentlichen Folgendes feststellen: Es ist müßig zu behaupten, dass früher alles besser war. Zieht man aber Bilanz, hat die Bologna-Reform ihren Teil zur Entwertung der Bildung beigetragen. Ziel war es, schneller, internationaler und strukturierter zu studieren. In der Praxis heißt das für die Student*innen jedoch: Verschulung des Studienplans, weniger Freiheiten und zwanghafte Selbstoptimierung.

Die durch Bologna umgesetzte Modularisierung der Studienprogramme führt dazu, dass Studiengänge in kleine Wissensportionen aufgesplittert werden. Von den Studierenden schnell angeeignet, ist es möglich, den Stoff sofort abzuprüfen. Dieses Verfahren vermittelt das Gefühl, etwas erledigt zu haben und es nach erbrachtem „Leistungsnachweis" ad acta legen zu können. Paradoxerweise ist man als Student*in also permanent im Prüfungsstress und schafft es jedoch gleichzeitig nicht, ein Gesamtbild über eine Studiendisziplin oder Fragestellung zu bekommen.

Hinter der Problematik steht das European Credit Transfer System – die Bildungswährung der Bologna-Reform. Eingeführt um die internationale Vergleichbarkeit von Studiengängen zu gewährleisten, wurde eine Maßeinheit kreiert, die Studiengänge quantitativ bewertet. Die Credit Points bekommt man nicht für die qualitative Durchdringung des Studienfachs angerechnet, sondern lediglich für die Zeit, die man dafür benötigt hat. Folglich bietet der Studienplan keinen Raum für die freie Entfaltung mehr, ein Rennen um Credit Points entsteht. Viele Studierende fühlen sich mit ihrem Studienplan überfordert und schaffen das Studium nicht in der Regelstudienzeit. Auch die Abbrecherquoten steigen und die psychosozialen Beratungen für Studierende sind zunehmend überlastet.

Dies sind Symptome einer rein arbeitsmarktorientierten Ausbildung, deren Hauptziel die Beschäftigungsfähigkeit ist. Für kritisches Denken und Persönlichkeitsentwicklung ist kein Platz – Studierende sollen möglichst schnell durch das Studium geschleust werden, damit sie möglichst schnell für den Arbeitsmarkt bereit stehen.

Knapp 25 000 Student*innen studieren allein an der CAU, in Deutschland sind es circa 2,7 Millionen. Das macht die Unis zu bedeutenden Produktionsstätten für den europäischen Arbeitsmarkt. Was jetzt von der ganzen Debatte über Bildung, Unis und Ideale bleibt, ist die Frage nach den Konsequenzen: Wenn Unis massenweise Absolventen produzieren, statt Persönlichkeiten und kein Platz für kritische Reflexion und Protest ist – was bedeutet das für unsere Gesellschaft?

„Sie behandeln uns wie Scheiße"

„Habe ich bereut, hierher zu kommen? Ich habe den Austausch und die Zusammenarbeit mit meinen wissenschaftlichen Kollegen hier enorm genossen. Aber wie viele von ihnen bin ich in die Falle gegangen, die Reputation der Wissenschaft hier mit der gegenwärtigen Realität zu verwechseln. Dies hier ist keine Universität mehr, sondern ein ‚Business' mit ganz wenigen hoch oben in der Hierarchie, wie unser formidables Duo, die den Profit einfahren, während der Rest von uns gemolken wird für Geld, seien es Professoren für ihr Drittmitteleinkommen oder Studenten, die 100 Pfund zahlen müssen, nur um ihre Promotionsberechtigung zu verlängern. Die Wirklichkeit ist, dass die Karrierewissenschaftler an der Spitze der Organisation nur nach den Zahlen ihre Kollegen taxieren, sei es nach Impact-Faktoren oder Drittmittelerwerb. Das Ziel dieser Manager ist nur, die Finanzen ihres Departments so hoch wie möglich zu halten, um ihre eigene Karriere damit zu befördern. Diese fabelhaften Führer spielen ein interessantes Spiel. Sie werben Wissenschaftler aus anderen Ländern an, damit deren Arbeiten, die sie noch im Ausland unter völlig anderen Bedingungen erstellt haben, nun für sie und die Bewertung und Rankings britischer Universitäten zählen und diese aufblähen. Danach lassen sie diese Wissenschaftler allein, entweder um Drittmittel zu beschaffen oder andernfalls hinausgeworfen zu werden. Sogar wenn die Arbeit erfolgreich ist und zur Verbesserung der Forschungsrankings beiträgt und damit auch Geld für die Universität einbringt, wirst Du angegriffen, falls dein Drittmitteleinkommen als ungenügend angesehen wird. Drittmitteleinwerbung ist alles, was hier zählt, nicht der wissenschaftliche Output! Was diese Burschen nicht wissen, ist, dass sie Leben zerstören. Nun, sie haben sicher mein Leben zerstört."

PROFESSOR STEFAN GRIMM,
RENOMMIERTER PHARMAKOLOGE DES IMPERIAL COLLEGE
IN EINER E-MAIL KURZ BEVOR ER SICH MIT 51 JAHREN DAS LEBEN NAHM.

Die Zukunft der SH-Hochschullandschaft steht und fällt mit der CAU

DAS INTERVIEW FÜHRTE GRETA THAMM

Kiels Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer im Gespräch über seine Studienzeit, die Finanzierungskrise des Sozialstaats und die Zukunft einer „Uni ohne Geld".

AStA Uni Kiel: Was haben Sie wo studiert?

Dr. Ulf Kämpfer: Ich habe Jura und Philosophie in Göttingen studiert und ein Erasmus-Semester in Galway, Irland, absolviert. Promoviert habe ich schließlich an der Humboldtuni in Berlin. Thema meiner Promotionsarbeit war Sterbehilfe in den USA und Deutschland, hierzu habe ich einen Forschungsaufenthalt an der Columbia in New York gemacht. Für mein Referendariat bin ich dann nach Schleswig Holstein zurückgekommen.

Wie unterscheidet sich Studieren heute von Ihrer Studiensituation?

Ich sehe bei Studenten einen zunehmenden Selbstoptimierungszwang. Zu meiner Studienzeit hatte man mehr Freiheiten. So konnte ich mir den Luxus leisten, neben Jura noch etwas Philosophie zu studieren – das war sehr bereichernd. Ich kann nur Jedem empfehlen, sich trotz Bologna immer noch Umwege zu gönnen, oder gar ein neues Studium anzufangen, wenn das Erste in einer Sackgasse gelandet ist.

Die CAU protestiert aktuell gegen ihre Unterfinanzierung. Was halten Sie vom „Uni ohne Geld-Protest"?

Ich halte den Protest für legitim, denn die Hochschulen des Landes müssen besser finanziert werden. Mit den 165 Millionen hat das Land ja schon mal das Scheckbuch gezückt. Doch wenn der Bedarf viel höher ist, als man dachte, muss die Uni mehr Geld fordern. Gerade angesichts dessen, dass die BAföG-Millionen, anders als in anderen Bundesländern, in Schleswig-Holstein nicht an die Unis gingen. Ich bin aber optimistisch, dass es eine faire Einigung zwischen den Hochschulen und dem Land geben wird.

Die BAföG-Millionen werden gern als Argument missbraucht, Studierende würden den Schulen das Geld wegnehmen wollen. Mit dieser Aussage werden jedoch lediglich Bildungsbereiche gegeneinander aufgewogen. Die „Lösungs"ansätze für die Uni lauten dann, durch NC und Studiengebühren die Student*innenzahlen zu reduzieren.



Es wäre ja absurd, wenn wir nach der Abschaffung der Studiengebühren die Ersten wären, die sie wieder einführen. Wir benötigen Fachkräfte in Schleswig-Holstein und sollten den Nachwuchs nicht mit NCs und Studiengebühren vergraulen. Das hieße, sich als Gesellschaft selbst ins Knie zu schießen.

Handelt es sich bei der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen um ein Schleswig-Holstein-spezifisches Problem?

Nein, wir haben insgesamt eine Finanzierungskrise des Sozial- und Bildungsstaats. Die Probleme der Unis sind kein neues und kein regionales Thema. Solange es Massenunis gibt, gibt es auch ihre Probleme: zu wenig Fachbücher, zu wenig Lehrpersonal, zu viele Studierende. Folglich leidet die Qualität des Studiums, Studenten bekommen keinen Platz in überfüllten Seminaren, die sie für Bologna brauchen, die Studienzeit verlängert sich, BAföG sitzt ihnen im Nacken und die Abbrecherquoten sind hoch.

Wir feiern 350 Jahre CAU. Wie sehen Sie die Zukunft der Uni?

Das ist eine Frage, die mit der Finanzierungsfrage eng zusammen hängt. Die Zufriedenheit der Studierenden setzt schließlich ordentliche Studienbedingungen voraus. Kiel ist schon fast eine Studentenstadt und das Jubiläum der CAU strahlt eine besondere Stimmung aus. Es wäre doch schade, wenn wir eben noch unser Jubiläum gefeiert haben, aber dann 2016 aufwachen und feststellen: guckt man in die Zukunft, muss man eigentlich weinen. Wir können es uns nur selber kaputt machen, denn wir brauchen eine gute Landesuniversität. Da können die Medizin in Lübeck und die FH in Heide noch so toll sein – die Zukunft der Hochschullandschaft in Schleswig Holstein steht und fällt mit der CAU.

Kultur jenseits der Gewinnmaximierung

VON ANNE-SOPHIE FLÜGGE-MUNSTERMANN

Liebe Studis,

der AStA bietet euch nicht nur Beratung im Studium und Hilfe bei Problemen, wir organisieren außerdem regelmäßig Veranstaltungen auf dem Campus und in Kiel. Das Referat für Kultur ist für Konzerte, Lesungen, Satire-Veranstaltungen, Partys, Kleinkunst und Festivals zuständig.

In den letzten zwei Jahren haben wir euch zum Beispiel Fuck Art Let's Dance! nach Kiel geholt, Martin Sonneborn in das Audimax eingeladen und zur Kieler Woche ein Festival ohne Eintrittspreis aber mit der Antilopen Gang als Headliner auf die Beine gestellt. Auch die AStA-Semesterstartpartys werden von uns organisiert. Vielleicht kennt ihr unsere Konzertreihe SQUAWK SQUAWK. Die schicke Möwe mit der Fliege? Apropos Möwe.. Ach komm, der ist alt...

Bei all unseren Veranstaltungen ist es unser Anliegen, ein Programm zu erstellen, das möglichst viele von euch begeistert. Das klappt manchmal sehr gut und manchmal so gar nicht. Dafür verantworten wir uns dann im Studierendenparlament. Dort rechtfertigen wir uns für Besucher*innenzahlen, Mietpreise und Gagen der Künstler*innen. Denn unser Verständnis von lohnenswerter Kultur auf dem Campus kollidiert auf jeden Fall mit dem Ideal gewinnorientierten Veranstaltungsmanagements.

Politisch wird Kultur als Faktor für die Imageverbesserung einer Stadt gemessen; Stadtmarketing und Tourismuswirtschaft profitieren vom kulturellen Angebot. In einer aktuellen Studie des Münchner ifo-Instituts wird der Einflussfaktor kultureller Einrichtungen auf die Ansiedlungsentscheidung von hochqualifizierten Arbeitnehmern untersucht. Die bringen dann nämlich auch ihr hochqualifiziert erwirtschaftetes Geld mit in die Region und sollen gerne einen Anteil davon da lassen.

Für solche Überlegungen sind wir zu naiv.

Wir richten unser Angebot explizit nicht danach aus, möglichst viel Gewinn mit unseren Veranstaltungen zu machen, sondern buchen Acts, die wir spannend, interessant und berührend finden. Manchmal sind das nicht so bekannte Menschen. Wir plakatieren



dann den Campus zu und hoffen, euch auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht zu haben. Etwa unser Konzert im letzten Februar im Detail. Black Cracker stammt aus Alabama, wohnt in Neukölln, war schon mit CocoRosie auf Tour und fällt als Mann mit Trans-Erfahrung besonders bunt aus den Reihen des Hip Hop.
Oft versuchen wir auch die Veranstaltungen auf dem Campus selbst stattfinden zu lassen. Wir wollen einen belebten Campus, zu dem es euch auch zieht, wenn ihr nicht gerade in die Bib oder das nächste Seminar fahrt.

Gegenüber wirtschaftlich denken(müssen)den Veranstalter*innen haben wir den Vorteil, dass wir durch den Anteil eures Semesterbeitrags, der letztendlich auch in unser Budget fließt, über einen gewissen finanziellen Spielraum verfügen. Der ermöglicht es uns, Eintrittspreise niedrig zu halten und erlaubt euch auch am Monatsende noch an feinster kultureller Unterhaltung Teil zu haben.

Nutzt diesen Vorteil! Klickt mal auf die AStA-Homepage, findet uns bei Facebook und informiert euch über unser Programm, wenn wir es mal nicht geschafft haben, euch zu erreichen.

Auf dass wir uns bald öfter sehen!

Eure Anne-Sophie

Studentisches Kulturticket für Kiel

VON ANNE-SOPHIE FLÜGGE-MUNSTERMANN



Um euch möglichst früh in unsere Überlegungen zum Kulturticket einzubinden, hier die ersten Informationen.

Wir haben uns mit Vertreter*innen der Stadt getroffen, um gemeinsam die Möglichkeiten zu besprechen, die uns ein studentisches Kulturticket bieten könnte. In anderen Universitätsstädten gibt es dieses Ticket bereits. Göttingen, Hildesheim oder Kassel haben in Angebot und Preis unterschiedliche Lösungen gefunden. Viele Einrichtungen in Kiel bieten schon ein besonderes Angebote für Studierende. Seit letztem Jahr kommen Studierende beispielsweise kostenfrei in die Kunsthalle. Museen verlangen oft nur den symbolischen Euro. Trotzdem werden die kulturellen Einrichtungen eher selten von Studierenden besucht.

Woran könnte das liegen? Vielleicht, weil das Angebot vielen nicht bekannt ist. Um dieses nun zu bündeln und zu verbreiten, arbeiten wir gemeinsam mit der Stadt an der Entwicklung eines Kulturtickets für Studierende. Wir wünschen uns einen stark vergünstigten oder freien Eintritt in öffentlich geförderte kulturelle Einrichtungen. Dafür würde euer Semesterticket erweitert werden und ein gewisser Betrag des Semesterbeitrages dem Kulturticket zukommen. Einen ganz genauen Preis haben wir noch nicht, denn der muss erst in den nächsten Monaten errechnet werden. Wir haben aber schon vor den ersten Gesprächen mit der Stadt beschlossen, dass wir nur ein Angebot deutlich unter 10 Euro pro Semester unterstützen würden. Am 19. März soll die Ratsversammlung den Auftrag geben, Verhandlungen mit den Studierendenvertretungen in Kiel aufzunehmen womit es dann sozusagen offiziell wird.

Dabei sollen die Kultureinrichtungen natürlich nicht über den Tisch gezogen werden, weswegen geprüft wird, wie das Verhältnis von den möglichen neuen und den jetzigen Einnahmen ist.

Den Antrag der Ratsfraktion könnt ihr auf ratsinfo.kiel.de nachlesen.

Der moderne Rassist

Ein Interview mit Journalist und Autor Andreas Speit

DAS INTERVIEW FÜHRTE GRETA THAMM

Andreas Speit war am 11. Dezember 2014 im Rahmen einer vom Referat für politische Bildung organisierten Veranstaltung zu Gast an der CAU. Speit beschäftigt sich seit 20 Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus. Er schreibt unter anderem für die taz und das Zeit-Online-Portal „Störungsmelder".

Ein Gespräch über den NSU-Prozess, den salonfähigen Rassismus der Konservativen und eine entsolidarisierte Gesellschaft.

AStA Uni Kiel: Beim Thema Neonazismus stellt man sich die Recherche problematisch vor. Wie sieht Ihre Informationsbeschaffung aus?

Andreas Speit: Die Recherche ist die zentrale Herausforderung. Obwohl sie Teil der demokratischen Meinungsstruktur sein wollen, finden die meisten rechtsextremen und rechtspopulistischen Veranstaltungen im Geheimen statt. Da rechte Strukturen nur in internen Diskussionen ihr wahres Gesicht zeigen, sind wir oft dazu genötigt, undercover zu recherchieren.

Fühlen Sie sich bei Ihren Recherchen bedroht?

Es kommt zu Bedrohungssituationen unterschiedlichster Art. Man wird bei Veranstaltungen bedrängt, angeschrien, bespuckt oder bepöbelt. Es fallen Drohungen wie „Deinen Namen werden wir nie vergessen". Auch wurden wir bei einer Recherche einmal mit dem Auto verfolgt – wie im Krimi.

Sie berichten aktuell vom NSU-Prozess. Wie groß ist das öffentliche Interesse an der Berichterstattung?

Der NSU-Prozess wird nicht in der Breite wahrgenommen, wie es sein müsste – es ist keine Empathie da. Konkret haben wir bei der taz online festgestellt, dass die Texte zum NSU-Prozess nicht so oft gelesen werden wie andere. Es ist schwierig, eine Spannung über 100 Prozesstage in der Berichterstattung aufrechtzuerhalten. Die gesamte Medienlandschaft diskutiert: Wie kann es redaktionell weitergehen? Denn wir wissen jetzt schon, dass bis Januar 2016 weiterverhandelt wird...

Wo liegt der Grund für das mangelnde Interesse der Gesellschaft an der Aufarbeitung der Neonazi-Verbrechen?

Grundsätzlich gibt es in Deutschland eine Distanz zu dem Thema Rechtsextremismus. Statistisch gesehen werden pro Tag zwei rechtsextremistische Straftaten verübt. 180 Menschen sind laut Opferberatungsstelle seit 1989 umgebracht worden. Trotzdem denkt man in Deutschland beim Begriff Terrorismus sofort an die RAF und Islamismus.

Grund dafür ist, dass Rechtsextremismus nicht als gesamtgesellschaftliche Bedrohung wahrgenommen wird. Es mag daran liegen, dass Menschen mit Migrationshintergrund keine gesellschaftliche Lobby haben. Wohingegen man sich als Deutscher nicht vom rechten Terror angegriffen fühlt, weil man nicht zu der Zielgruppe potentieller Opfer rassistischer Gewalt zählt.

Glauben Sie, dass auch der Konservativismus von AfD und den Unionsparteien eine Rolle spielt? Versteckt sich rechtes Gedankengut hinter dem Mantel des Konservativismus?

Die AfD füllt in Deutschland ein parteipolitisches Vakuum: rechts vom konservativen Milieu und „links" von einer radikalen rechtsextremen Partei – der NPD.

Gleichzeitig entgrenzt sich die AfD nach rechts, arbeitet in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise mit der NPD zusammen. Gesamtgesellschaftlich ist es tatsächlich zu beobachten, dass sich konservativ und rechts vermischen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Problematik der Einwanderung in die Sozialsysteme: Von der AfD beansprucht, wurde dieses Thema sofort von den Unionsparteien aufgegriffen. AfD-Vorsitzender Bernd Lucke hat dann höflich darauf hingewiesen, das sei Thema der AfD. Prompt hat sich die NPD gemeldet – das sei schon seit 30 Jahren ihr Thema.

Halten Sie den Aufschrei zum Thema Asylpolitik und Einwanderung in die Sozialsysteme für legitim?

Nein. Denn betrachtet man die Zahlen, so ist der volkswirtschaftliche Schaden durch die Einwanderung in die Sozialsysteme vergleichsweise gering. Das wahre Defizit verursachen diejenigen, die ihren Beitrag zur Gesellschaft verweigern indem sie Steuerbetrug betreiben. Das sind im Großen die Konzerne und im Kleinen in der Mitte der Gesellschaft etablierte Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die Frage ist, warum sich Menschen lieber auf ein Feindbild stürzen, als sich mit dem eigenen politischen System auseinanderzusetzen.

Das ist die Eintrittskarte des Populismus im Allgemeinen und das Ticket des Rechtspopulismus im Besonderen: man liefert schnelle Antworten und schnelle Sündenböcke. Und Vielen scheint das zu genügen.

Es ist erschütternd, wie wenige Menschen sich mit politischen Themen auseinandersetzen. Das wird ausgenutzt. Ergebnis ist dann eine Politik, in der eine rassistische Hetze als gesellschaftlich legitim erscheint und dann sogar noch zu Gesetzesänderungen führt, siehe Drittstaatenregelung.

Sie fordern von unserer Gesellschaft eine kritische Kultur der Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut. Was bedeutet das in der Praxis?

Der moderne Rassist ist der, der sagt: „Ich bin kein Rassist, aber..." und „Natürlich muss man Asylsuchenden helfen, aber muss es denn jetzt hier sein...?".

Wir reagieren ganz schnell auf das Extreme, das Radikale, aber nicht auf langsam fortschreitende, schleichende Entwicklungen. Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus dürfen nicht mehr nur als ein Ost- und Jugendproblem wahrgenommen werden.

Wir müssen uns den Fragen stellen: Was befeuert die Entwicklung nach rechts? Wie gehen wir damit um, dass wir in der Mitte der Gesellschaft seit 15 Jahren, ausgelöst durch neoliberale Wirtschaftsideen und von den Medien applaudierend begleitet, eine Entsolidarisierung erleben?

Hier muss ein Umdenken stattfinden. Wer über Rechtsextremismus und -populismus reden will, muss auch über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse reden.

Neues von der queer students group

VON FATIMA KRUMM

Die queer students group (qsg) ist eine Gruppe von Studierenden und Universitätsangehörigen, die sich mit sämtlichen Themen des queeren (lesbisch, schwul, trans*) Lebens befasst, sowohl auf dem Campus als auch außerhalb der Uni.

Neben unseren vierzehntägigen Treffen zum gemütlichen Gedankenaustausch in der Haki (jeweils am ersten Sonntag und zweiten Mittwoch im Monat), ist unser famoses Feier-Warm-Up zum Einstimmen auf die Gays and Friends in der Trauma zum Klassiker geworden. Mit den Mitgliedern wächst auch unser selbst gestecktes Aufgabengebiet. In der Arbeitsgruppe der qsg treffen wir uns mit den Queer-Beauftragten des AStA und organisieren gemeinsam alles, was wir an Hochschulleben und -politik zu gestalten versuchen. Aktuell finden beispielsweise die zweiten queeren Themenwochen vom 17.Mai bis zum 12. Juni statt.

Auftaktveranstaltung ist ein Drag-Workshop in Zusammenarbeit mit dem Schminkkurs des Sechseckbaus. Vorträge finden unter anderem zu den „besorgten Eltern" von Werner Gaßner, zu Transsexualität von Frau Dr. Antje Güldenring sowie über Sexualpädagogik von Prof.'in Anja Henningsen statt. Einen Kurzfilm über die „Schwestern der perpetuellen Indulgenz" präsentiert Schwester Bärberella persönlich. Das Highlight – die Queerparty am 12.Juni – feiern wir zum Abschluss im Detail.

Bisher haben wir auch schon einiges erreicht. Wir nutzen nicht nur regelmäßige Info- und Kuchenstände um unsere Angelegenheiten und Treffen kundzutun. Ein queerer Weihnachtsbaum, der unsere Mensa 2 verzierte, erzeugte auf kreative Weise Awareness. Den aktuellen Höhepunkt erreichten wir zusammen mit der CAU im März mit der Unterzeichnung der Lübecker Erklärung gegen Homo- und Transphobie. Sowohl unsere Vorstandsvorsitzende, Lea Gundlach, als auch die Vizepräsidentin der CAU, Anja Pistor-Haman waren beteiligt.

Das neue Semester, unaufhaltsam nahend, eröffnen wir mit dem zweiten Semesterstart-Pubcrawl am 13. April, zu dem Jede*r herzlich eingeladen ist. Weitere Informationen dazu findet ihr auf unserer Homepage oder auf unserer Facebookseite. Kommt vorbei!

Grüne Woche vom 4. bis 8. Mai

VON DOMINIQUE JUST

Zum Auftakt des Sommersemesters veranstaltet das AStA-Referat für Ökologie und Infrastruktur eine Grüne Woche, in der sich studentische Projekte vorstellen und zum Mitmachen einladen. Höhepunkt der Woche ist der Fahrradtag am Dienstag den 5. Mai, bei dem ihr euer Fahrrad kodieren lassen, Lastenräder probefahren und einige Fahrradläden und -werkstätten entdecken könnt. Am Ende des Tages wird es außerdem ein Konzert mit einer Überraschungsband aus Kiel geben!

Aber auch an den anderen Wochentagen wollen wir uns verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit widmen. Es wird Aktionen, Stände, Filme und Vorträge zu den Themen Müll, Lebensmittel, Wasser, und Tierrechte geben. Außerdem wird es in der Mensa 1 während der gesamten Themenwoche Menüs aus regionalem, biologischem Anbau geben. Weitere Informationen zum Programm findet ihr auf den Postern und der AStA-Homepage. Macht die Uni ein Stück nachhaltiger und schaut vorbei: vom 4. bis 8. Mai!

Handy-Recycling für den guten Zweck

VON DOMINIQUE JUST



Studierende und Mitarbeiter der Universität haben von nun an die Möglichkeit, ihre alten und vermeidlich unbrauchbaren Handys für einen guten Zweck recyceln zu lassen. Dafür wurde eine eigene Handy-Box direkt am Eingang der Mensa 1 bereitgestellt. Ziel der Initiative ist es, anlässlich des 350-jährigen Jubiläums der Christian-Albrechts-Universität, bis zum 1. Juli 2015 mindestens 350 Handys zu sammeln und diese recyceln zu lassen.

Warum Handys recyceln?

Etwa 100 Millionen ausrangierte Handys sollen Schätzungen zufolge momentan in Deutschlands Haushalten ungenutzt sein. Aus einem Mobiltelefon können durchschnittlich 50% Kunststoffe, 20% Glas oder Keramik und vor allem bis zu 30% Edelmetalle recycelt werden. Das macht alte Mobiltelefone zu wertvollen Rohstofflieferanten. Durch Recycling kann der umweltschädliche Abbau von neuen Ressourcen verringert werden.

Wofür wird der Erlös des Handy-Recyclings verwendet?

Der Erlös aus dem Handy-Recycling wird komplett yooweedoo zur Verfügung gestellt. Das Hauptziel von yooweedoo ist Empowerment. Studierenden wird ermöglicht zu lernen, wie sie die Welt mit eigenen Projekten verändern können. Hierfür bietet yooweedoo ein einjähriges Lernprogramm an, in dem Studierende lernen, eigene Changeprojekte zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu planen und umzusetzen. Außerdem bietet yooweedoo einen Ideenwettbewerb an, bei dem die besten Projekte ausgezeichnet und mit einem Preisgeld zur Umsetzung versehen werden.

Wirf dein altes Handy in die Handy-Box in der Mensa 1 und unterstütze mit dem Recycling-Erlös neue Changeprojekte! Mehr Informationen zu yooweedoo und zur Initiative der Handy-Box befinden sich auf www.yooweedoo.org.

Die Inklusionsbeauftragten des AStA stellen sich vor

VON NIELS LUITHARDT UND JULIA NOETZEL

Das Thema Inklusion ist mittlerweile in aller Munde und die Wichtigkeit der Inklusion wird von der Politik sowie von den Medien unterstrichen. Doch was bedeutet Inklusion? Inklusion kommt von dem lateinischen Wort includere, welches mit einschließen oder einfügen übersetzt werden kann. Menschen, die eine Beeinträchtigung haben, sollen mit eingeschlossen werden, also in allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können, sprich dazugehören können.

In Deutschland ist seit 1994 im Grundgesetz verankert, dass niemand aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden darf. 2006 gelangten die Vereinten Nationen zu einem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK). In Artikel 4.1 der UN-BRK heißt es, dass sich die Vertragsstaaten dazu verpflichten, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderung ohne jede Diskriminierung aufgrund ihrer Behinderung zu gewährleisten und zu fördern. Jeder Bereich der Gesellschaft ist insofern rechtlich dazu verpflichtet, die Umsetzung der UN-BRK durchzuführen.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gehören Studierende mit Beeinträchtigung dazu – sie dürfen da studieren, wo auch Studierende ohne Beeinträchtigung studieren. Es finden sich an der Universität Studierende mit den verschiedensten Beeinträchtigungen, etwa einer körperlichen, die einen Rollstuhl unabdingbar macht, einer Sehbeeinträchtigung, einer Hörbeeinträchtigung oder auch einer psychischen Beeinträchtigung, wie beispielsweise einer Depression oder einer Angststörung. Sie alle studieren an einer normalen Universität. Und hier ist das Problem: das Normale passt nicht immer zu dem Anderssein. Das Anderssein führt manchmal zu einem Ausgeschlossensein. Vielen Studierenden begegnen in ihrem Studium Hürden, die man sich als „normale*r" Student*in nicht vorstellen kann, die den Alltag massiv erschweren, meistens sogar zu einer enormen Verzögerung des Studiums, manchmal sogar zu dessen Abbruch führen können. Viele Studierende mit Beeinträchtigung haben häufig, da sie ihre Beeinträchtigung als Mangel bewerten, nicht das Selbstbewusstsein, Hilfe zu suchen oder die Probleme offen zu thematisieren. Sie ziehen sich zurück und sind mit ihren Problemen alleine.

Um nun den Studierenden mit Beeinträchtigung das Studieren zu erleichtern und die politischen Vorgaben umzusetzen, wurde durch den AStA eine Beauftragung für Inklusion eingerichtet. Und das sind wir: Niels Luithardt und Julia Noetzel (beide 31). Uns ist es an mehreren Dingen gelegen: Zum einen möchten wir gerne herausfinden, wo genau an der Universität noch die Hürden zu finden sind, die Studierenden mit Beeinträchtigung das Studieren erschweren. Zum anderen möchten wir dann natürlich herausfinden, wie man diese Hürden am effektivsten überwinden kann. Hierbei können uns vermutlich am besten die Studierenden mit Beeinträchtigung selbst helfen, aber vielleicht haben ja auch Studierende ohne Beeinträchtigung Ideen. Deshalb sind wir für jede*n, der Fragen oder Anregungen ab sofort unter inklusion@asta.uni-kiel.de erreichbar!

Des Weiteren werden wir uns bemühen, Aktionen und Kurse für Studierende mit Beeinträchtigung anzubieten, sowie Informationen transparenter zu machen. Auch hier sind wir für Anregungen dankbar.

SQUAWK SQUAWK PRÄSENTIERT

EDGAR WASSER

SUPPORT: LUX & CAP KENDRICKS

SPRECHGESANG IST MÄNNERSACHE!
AM 16.04.2014 HOLEN WIR EUCH DESWEGEN EDGAR WASSER
IM RAHMEN SEINER "ALLES LEUCHTET"-TOUR INS MAX NACH KIEL.

EDGAR WASSER VERSETZT FANS, JOURNALISTEN, KRITIKER UND BLOGGER
GLEICHERMASSEN IN BEGEISTERUNG: DIE MEDIEN UNTERSTELLEN EDGAR WASSER
DAS „NÄCHSTE GROSSE DING“ [RAP.DE] IM DEUTSCHSPRACHIGEN HIPHOP ZU WERDEN
UND SETZEN DEN JUNGEN MÜNCHNER REGELMÄSSIG AUF IHRE ARTISTS
TO WATCH – LISTEN [U.A. NOISEY/VICE, SWR DASDING].
GIBT ES IM MOMENT EINEN BESSEREN? WIR GLAUBEN NICHT.
EDGAR WASSER MACHT KLUGE MUSIK MIT ÜBERLEGTEN,
STICHELNDEN TEXTEN UND UNANGESTRENGTEM AUFTRETEN.

DA DER ASTA VERANSTALTET,

KÖNNEN WIR STUDIERENDEN SONDERPREISE BIETEN.

WENN IHR DIE TICKETS IM ASTA-BÜRO DER MENSA I KAUFT,

KOSTEN EUCH DER EINTRITT NUR 12 EURO.

UNSER VORVERKAUF STARTET AM FREITAG DEN 20.02.2014!

FÜR ALLE ANDEREN GIBT ES NOCH DEN ONLINE-VERKAUF:
TICKET-VVK EVENTIM: HTTP://BIT.LY/1UNYQDP
TICKET-VVK ONLINE: HTTP://BIT.LY/1AEN059

HTTP://WWW.EDGARWASSER.DE/
HTTPS://WWW.FACEBOOK.COM/SQUAWKSQUAWK.KIEL?FREF=TS
HTTPS://WWW.ASTA.UNI-KIEL.DE/DE/



